

Kino bald zweite Waterkant?

Es sollte wohl geheim bleiben, doch während der Einwohnerfragestunde mußte Heidi Michaelis genau das einräumen, wovor die NPD schon vor dem Kino-kauf gewarnt hatte: Erinski (SPD) ist mit seiner Kino GmbH in Schwierigkeiten geraten. Er steht mit mehreren Monatsmieten im Rückstand und hat um Stundung seiner Schulden gebeten.

Sollte sich kein positiver Besuchertrend abzeichnen, steht Ueckermünde bald ohne Kino da. Die Stadt hätte dann mit ihrer Entscheidung, daß marode Kinogebäude für 250.000 Euro zu kaufen, genau das Gegenteil von dem erreicht, was beabsichtigt wurde.



Denn: Wäre die Stadt nicht auf das Angebot vom damaligen Besitzer Otto eingegangen, obwohl bekannt war, daß dieser mit einem gefälschten Schreiben versuchte, den Kaufpreis in die Höhe zu treiben, hätte dieser das Kino wahrscheinlich weiter betreiben müssen. Zumindest solange bis ein privater Käufer

gefunden worden wäre, der einen angemessenen Preis - vielleicht 100.000 Euro-bezahlt hätte. Der Kinobetrieb hätte dann von Anfang an auf gesünderen Beinen gestanden, da keine Viertelmillion zu erwirtschaften wäre.

Hätte die Stadt bei einem anderen Betreiber, der keine persönliche Bekanntschaft zur Bürgermeisterin pflegt, früher reagiert? Eine übliche Ausschreibung für den Kinobetrieb, wie sie damals konsequent von der NPD gefordert wurde, hätte darüber Aufschluß geben können. Hoffentlich ereilt unser Kino aufgrund dieser Unfähigkeit nicht das gleiche Schicksal wie der Waterkant...

Weitere Kürzungen zum Nachteil der Bürger

Daß der Stadtreporter ab 2011 nur noch monatlich erscheint, wurde vom Stadtrat beschlossen. Die NPD-Fraktion stimmte aus gutem

Grund dagegen. Vorausichtlich werden nicht mehr alle Sitzungstermine der Stadtpolitik rechtzeitig im Amtsblatt veröffentlicht werden können. Einwoh-

ner hätten dadurch noch weniger Möglichkeiten mitzureden. Der NPD-Forderung die Bürgernähe zu stärken läuft das zuwider.



Marcus Neumann

Liebe Ueckermünder,

als wir im Juni 2009 in die Stadtvertretung gewählt wurden, gingen mir tausende Dinge durch den Kopf: Was bewegte Sie, uns Nationale mit 12 % ins Stadtparlament zu wählen? Was können wir tun, um unsere Stadt noch schöner zu machen? Und vor allem- wie reagieren die Parteien des Verfalls auf unseren Einzug?

Heute, über ein Jahr nach der Wahl, kann ich sagen, auf all die Fragen eine Antwort gefunden zu haben.

Die demokratischen Parteien haben unsere Stadt über viele Jahre mit fragwürdiger Politik überzogen und der Ausplünderung der Stadtkasse zugesehen. Letzteres wurde sicher durch mehrere Faktoren beeinflusst, doch nehmen Bahngleiserweiterung,

Schloßanbau und Kinokauf einen bedeutsamen Posten in der Liste überflüssiger Investitionen ein. Nicht nur während den Sitzungen der Stadtvertretung, machten wir unseren Standpunkt zu den genannten Ausgaben klar. „Wir sind nicht gegen die Sanierung des Schloßes, sondern gegen den Schloß-Prunkanbau“, entgegeneten wir auch in den Ausschüssen.

Seit Einzug unserer Partei stellten wir mehrere Anträge und Änderungen zur Diskussion. Im Vordergrund stand und steht ständig das Wohl der Ueckermünder. Ernüchternd betrachte ich den Einsatz der restlichen Stadtvertreter. So zeigen die Linken zwar grundsätzliche Geschlossenheit, wenn es zur Ablehnung eines NPD-Antrages kommt, eigene Anträge bleiben jedoch weitestgehend aus. Bei den anderen Fraktionen gibt es manchmal demokratische Entgleisungen, eine Enthaltung oder „JA-Stimme“ ist hin und wieder drin. Die meisten Stadtverordneten

der etablierten Parteien verbindet aber vor allem eins, sie stellen ihr eigenes Interesse - die NPD zu blockieren - in den Vordergrund.

Mit mir und meiner Fraktion hingegen wählen Sie Vertreter aus der Mitte des Volkes. Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender stelle ich meine persönlichen Interessen in den Hintergrund und habe für Ihre Belange und Probleme stets ein offenes Ohr.

Wer die Stadtpolitik beobachtet, bemerkt schnell, wie sich der Ton und die Art und Weise der Sitzungen nach Einzug der NPD verändert haben. Unangenehme Angelegenheiten werden öffentlich gemacht und auf den Tisch gepackt. Wir machen mit unseren Anträgen Politik im Sinne der Einwohner, scheuen uns aber nicht, einem guten Antrag der anderen Parteien zuzustimmen. Leider passiert da nicht viel!

Ihr
Marcus Neumann

Der nächste **BÜRGERSPRECHTAG** findet am 20.11.2010 im NPD-Bürgerbüro statt. Sie erreichen uns auch unter: 039771/ 544358 oder fraktion-uem@npd-mv.de



Kein Interesse an Kinderarzt!

Als Vater von zwei Kindern wußte der NPD-Mann Marcus Neumann genau wovon er redete, als er die Schließung der Kinderarztpraxis während der Stadtvertreterversammlung thematisierte.

Neumann verwies auf einen Antrag der Nationalen, der sich inhaltlich für die Ansiedlung eines Kinderfacharztes in Ueckermünde aussprach. Damals wurde der Antrag von der Tagesordnung gefegt. Der Fraktionsvorsitzende des Aufgabebereichs für CDU/FDP/Soziale/Gewerbeverein-Mitglieder, Andreas Texter, begründete die Intention der Demokraten seinerzeit mit den Worten, daß die Kommunalpolitik für ein

solches Anliegen nicht zuständig sei.

Ein Mittelzentrum ohne Kinderarzt

Seitdem ist ein Jahr vergangen und es wurden keine wirksamen Bemühungen unternommen, obwohl man bereits 2009 langfristig von einer Schließung ausgehen konnte. Seit dem ersten Oktober ist die Kinderarztpraxis geschlossen und ein Nachfolger sobald nicht in Sicht.

Für den jungen Familienvater war diese Entwicklung Grund genug, die Tagesordnung erweitern zu wollen, was Stadtpräsident Beduhn (CDU) allerdings anders sah. Jener entgeg-

nete, daß die Diskussion über die Schließung überflüssig sei, da die Praxis dennoch schließen werde. Zwar ließen die Nationalen diese Frechheit nicht unkommentiert, die Tagesordnung wurde jedoch nicht erweitert.

Auf Initiative der NPD wurde die Angelegenheit dann aber Thema in der Fragerunde. Marcus Neumann sprach erneut die Beschwerlichkeiten an, die Eltern auf sich nehmen müssen, um ihre Kinder fachärztlich versorgen zu lassen. Die erwünschte Diskussion blieb wie erwartet aus und Bürgermeisterin Michaelis (Linke) antwortete noch nicht einmal auf die gestellten Fragen.

Klüngelei-Gefahr vorerst abgewendet

Ein Tagesordnungspunkt wurde auf der Stadtratssitzung gestrichen. Im Stadtreporter heißt es dazu: „Diskutiert aber nicht beschlossen wurde die Beschlusvorlage zur Änderung der Hauptsatzung. Hier besteht noch Redebedarf in den Fachausschüssen.“

Verschwiegen wird im Stadtreporter, warum noch Redebedarf besteht: Der NPD-Fraktionsvorsitzende

Marko Müller erläuterte den Anwesenden die einzelnen Änderungen genauer. Demnach soll „die Befugnis zur Genehmigung von Verträgen der Stadt mit Mitgliedern der Stadtvertretung sowie mit leitenden Mitarbeitern der Stadt“ durch die Bürgermeisterin und den Hauptausschuß maßgeblich erweitert werden. Ohne Anhörung in der Stadtvertretung könnten somit Geschäfte von bis zu

250.000,- Euro abgewickelt werden.

Müller wörtlich: „Ich empfehle allen, genau zu überlegen, bevor sie dieser Drucksache zustimmen. Sie beschneiden sich damit ihre eigene Entscheidungskompetenz“. Anschließend entschied die Mehrheit zusammen mit der NPD den Antrag von der Tagesordnung zu streichen. Kein Wort davon im Stadtreporter.

NPD-Fraktion fordert:

Regelmäßige und kostenlose Aufklärung gegen Kindesmißbrauch

Stellen Sie sich vor, Ihr Kind wird auf dem Nachhauseweg von der Schule oder auf dem Spielplatz von einem Fremden angesprochen. Dieser fordert Ihr Kleines auf, mitzukommen.

Eine grausame Vorstellung! Doch heutzutage leider alltäglich. In Torgelow, Korswandt, Schwerin und Gallin wurden jüngst Kinder angesprochen. Wie würde Ihr Kind darauf reagieren? Sind unsere Kinder ausreichend auf solche Situationen vorbereitet?

Keiner kann eine Garantie dafür geben, wie sich unsere Kleinen in solchen Extremsituationen verhalten. Wir können aber viel dafür tun, sie so gut wie möglich darauf vorzubereiten. Dafür gibt es verschiedene Angebote von Hilfevereinen, in denen Kindern auch praktisch beigebracht wird sich zur Wehr zu setzen.

Das derzeitige Problem jedoch ist, daß sich diese Vereine meistens von alleine an Schulen und Kindergärten wenden müssen, um auf ihre Angebote aufmerksam zu machen. Während daraufhin die eine



Schule zusagt und das Angebot annimmt, lehnt eine andere Einrichtung vielleicht aus Kostengründen ab, denn derzeit müssen Eltern für einige Angebote bezahlen. Es gibt in Ueckermünde keine zentrale Stelle, bei der alle Fäden zusammenlaufen. Die stets darüber informiert ist, welche Kindereinrichtung ihre Sprößlinge aufklärt und wo Nachholbedarf besteht.

Nur mit einer solchen Einrichtung könnte mit

Nachdruck gewährleistet werden, daß Aufklärung gegen Mißbrauch an allen Einrichtungen flächendeckend, kostenlos und vor allem regelmäßig durchgeführt wird. Genau das wurde von der NPD gefordert und von den übrigen Stadtvertretern abgelehnt.

Der Fraktionsvorsitzende Marko Müller dazu: „Es ist eine Schande, wie sich rückgratlose Stadtvertreter gegen das Wohl unserer Kinder stemmen. Kein normaler Mensch kann gegen vorbeugende und gut organisierte Aufklärung sein. Besonders in unserer Stadt, in der sich dank großzügig gestalteter Freigangsregelungen der Forensik Kinderschänder und sogar -mörder in der Öffentlichkeit bewegen, muß der Schutz unserer Kinder oberste Priorität haben.“

Steuererhöhung durch die Hintertür

Einige Ueckermünder Gewerbetreibende müssen fortan tiefer in die Tasche greifen. Grund dafür ist eine Satzungsänderung, die im Verborgenen eine Erhöhung der Vergnü-

gungsteuer beinhaltet. Lediglich die NPD-Fraktion stimmte gegen die „getarnte“ Erhöhung und beantragte eine Änderung im Sinne der Gewerbetreibenden.